Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 3 Mill. M.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Montag, 24. September 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ“ erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezug 36 000 000 M für die Woche vom 23.—29. Sept.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Anzeigenpreis 300 M je 33 mm breite mm-Zeile mal Schlüsselzahl. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

24. 9. a Nr. 442 3 Mill.
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Anzeigen-Schlüsselzahl heute 30 000.

ERICH MEYERFELD
BERLIN
SCHARNSTR. 53/54
GRUNDSTÜCKE

Entscheidungstage.

Eine Woche ernstester, historischer Entscheidung hat begonnen. Am Montag wird die Reichsregierung, die gestern eine Kabinettssitzung abgehalten hat, mit den Vertretern des besetzten Gebietes beraten. Dienstag findet eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder statt. Am Mittwoch soll die Regierung die Ergebnisse dieser Beratungen in die Form eines Beschlusses fassen und am gleichen Tage oder am Donnerstag soll dann, wie es heißt, eine Erklärung veröffentlicht werden, die zu dem Problem des passiven Widerstandes und der uns aufgezwungenen Verteidigung im Ruhrgebiet überhaupt Stellung nehmen wird. Tage der Entscheidung für die Westmark und für das gesamte Reich sind angebrochen. Zentnerschwer lastet die Verantwortung auf den Schultern der Regierung und zentnerschwer drückt die Sorge auf ein Volk, das nach neunjährigem unvergleichlichem Heldenkampfe sich am Ende seiner Kräfte sieht. Wir müssen der Wahrheit klar in die Augen sehen, daß der übermenschliche Kampf einer waffenlosen friedlichen Bevölkerung gegen die brutale Macht der Bajonette und Tanks des französischen Militarismus, dieser Kampf, der den deutschen Namen in der Welt wieder zu Ehre gebracht hat, zu Ende geht. Wir müssen zugleich im Innersten empfinden, daß diese Niederlage in einem Ringen, wie es die Welt noch niemals in solcher Größe gesehen, keine Schande ist, daß das deutsche Volk im besetzten und unbesetzten Gebiet Uebermenschliches in seinem Widerstande geleistet hat, das fortklingen wird in der Geschichte als ein heroisches Beispiel der Notwehr gegen nackte Gewalt und Raubgier. Die Uebermacht hat uns in ungleichem Kampfe bezwungen. Die Ueberlegenheit der Waffen ist bei ihr. Der Ruhm ist unser.

Wenn die Regierung heute in mannigfachen Beratungen den politischen Weg sucht, den sie gehen muß, so wird sie die drei letzten Reden des französischen Ministerpräsidenten im Auge behalten müssen. Mit vollster Deutlichkeit geht daraus hervor, daß Herr Poincaré nicht gewillt ist, auf den Boden einer ehrlichen und gleichberechtigten Auseinandersetzung mit Deutschland zu treten, daß er alle Angebote des deutschen Reichskanzlers, alle Bemühungen um einen Ausgleich mit eiserner Stirn ablehnt und in einem neuen Diktat den Triumph über Deutschland zu erreichen sucht, der Frankreich bisher versagt geblieben ist. Wahnsinn und zynischster Hohn sprechen aus diesen Reden, die an heuchlerischer Verdrehung der Tatsachen und demagogischer Verstellung ihresgleichen suchen. Deutschland gleiche dem Unglücklichen, der von der Selbstmordkrankheit befallen sei. Kein Quadratzentimeter deutschen Landes sei dem Reiche gegen den Willen seiner Bewohner abgenommen worden. Der deutsche „böse Willen“, die Kriegsschuldlüge und all die tausendmal gehörten Unwahrheiten kehren in den Reden wieder. Es kann kein Zweifel daran sein, daß die Bemühungen des deutschen Kabinetts, zu Verhandlungen mit Frankreich zu gelangen, vollkommen gescheitert sind. Das offiziöse Organ der Regierung bestätigte am Sonntag sogar die Meldung eines französischen Blattes, wonach Poincaré die Vertreter Frankreichs in Berlin angewiesen hat, keinerlei Besprechungen mit dem Reichskanzler mehr zu führen, so lange er nicht kapituliert habe. Die volle Unversöhnlichkeit und absolute Intransigenz des französischen Ministerpräsidenten ist eine gegebene politische Tatsache, mit der gerechnet werden muß. Die neuerliche Erklärung, daß Frankreich in der Westmark bleiben werde, bis Deutschland seine „Verpflichtungen“ erfüllt habe, bedeutet auch nach englischem Urteil den Plan der endgültigen Losreißung vom Deutschen Reiche, denn diese „Verpflichtungen“ sind nach der Meinung aller Sachverständigen der Welt unerfüllbar.

Ist dies aber die Situation, so darf die Haltung der deutschen Regierung und des deutschen Volkes nicht zweifelhaft sein. Wenn Poincaré die Zurücknahme der Regierungsverordnungen verlangt, die sich auf den passiven Widerstand beziehen, so wird das der Hauptgegenstand der Beratungen sein. Aber in demselben Dokument wird die Regierung in klarster Form festzustellen haben, daß die französische Armee entgegen dem Sinn und Wortlaut des Versailler Instrumentes vertragswidrig in deutsches Land eingefallen ist und es in grausamster und unmenschlichster Weise verwüstet hat. In einem amtlichen Dokumente der englischen Regierung ist feierlich die Unrechtmäßigkeit und Ungesetzlichkeit des bewaffneten Einbruches festgestellt worden. Der Schandvertrag von Versailles wurde von seinen Urhebern zerrissen und hat zu bestehen aufgehört. Vor den Augen der ganzen zivilisierten Welt wurde an Rhein und Ruhr Mord auf Mord, Schandtat auf Schandtat gehäuft. Kein Finger rührte sich in den anderen Ländern, um Deutschland zu helfen. Die Furcht vor dem Koloß des französischen Militarismus, der die Oberherrschaft über Europa sich angemaßt hat, verhinderte jedes Eingreifen. In lächerlicher Impotenz schaufelte sich die Spottgeburt eines Völkerbundes selbst ihr Grab. Wir müssen der brutalen Gewalt der französischen Bajonette weichen. Aber niemals wird der politische Zustand, der auf diese Gewalt sich gründet, vom deutschen Volke anerkannt werden. Niemals kann die Zusammengehörigkeit der Westmark mit dem Deutschen Reiche zerrissen werden. Niemals wird durch eine vorübergehende gewaltsame Okkupation das Band zerschnitten, das die Deutschen an Rhein, Ruhr und Saar mit dem übrigen Deutschland verbindet. Schwerste Zeiten stehen uns allen bevor. Aber es wird kein Frieden sein in Europa und keine Ruhe einkehren in der Welt, bevor Rhein, Ruhr und Saar nicht wieder dort sind, wohin sie nach dem ewigen Lebensrechte der Völker gehören. Die Verantwortung für die Fortsetzung des namenlosen Unglücks, das sich über Deutschland und ganz Europa gebreitet hat, liegt bei den Peinigern des deutschen Volkes und bei denen, die sie gewähren ließen.

*

Montag mittag 12 Uhr fand in der Reichskanzlei eine Besprechung der Reichsminister mit geladenen Vertretern von Rhein und Ruhr in kleinerem Kreise statt. Nachmittag 4½ Uhr wird sich daran eine zweite Besprechung mit einem erweiterten Kreise schließen. Sobald die Ministerpräsidenten am Dienstag mit der Reichsregierung beraten haben, werden die Fraktionen des Reichstags zu den Ergebnissen aller Beratungen Stellung nehmen. Die Fraktionen haben ihre Beratung für Dienstag und Mittwoch bereits festgesetzt.

Der Aeltestenrat des Reichstags wird Mittwoch mittag 1 Uhr zusammentreten, um über die Verteilung des Beratungsstoffes des Reichstags zu beschließen. Wie verlautet, wird die Reichsregierung ihre Beschlüsse voraussichtlich in einer Erklärung vor dem Reichstagsplenum der Oeffentlichkeit bekanntgeben. Die endgültige Entscheidung darüber wird erst in einer Kabinettssitzung fallen.

Die Vollsitzung des Reichstages, die für Mittwoch dieser Woche in Aussicht genommen worden war, wird, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, vielleicht auf Freitag verschoben werden. Die Entscheidung fällt erst Montag Nachmittag.

Amtl. Dollarkurs: 147 Mill.
Eine Goldmark: 35 Mill.
Devisen schwächer, Effekten unsicher.

Drei Sonntagsreden Poincarés.

Frankreich zu keiner Verständigung bereit.

Paris, 23. 9. (W. T. B.) Aus Anlaß der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Champenoux bei Nancy hielt Ministerpräsident Poincaré heute vormittag eine Rede, deren weitaus größter Teil der Schilderung der Kriegshandlungen gewidmet war, die sich in der Umgebung von Nancy abgespielt haben. Am Schluß seiner Rede kam Poincaré auf die Folgen der Ruhrbesetzung zu sprechen und behauptete, Deutschland wolle die Realität nicht in Rechnung stellen. Man solle Deutschland reden und handeln lassen und abwarten, bis es sich von den Tatsachen überzeugt habe. Wenn es am Rand des Abgrundes stehe, sei es immer noch Herr darüber, nicht hineinzufallen. Einen Abhang gleite man rasch hinab. Der, der hinunterstürze, sei aber nicht Frankreich. In der

zweiten Sonntagsrede

sprach Poincaré heute nachmittag in Toul von den angeblich fortgesetzten Beunruhigungen, denen die Bewohner der Stadt und der ehemaligen deutsch-lothringischen Grenze von 1871 bis 1914 ausgesetzt gewesen wären. Wenn nach dem neuen Kriege Deutschland gezwungen worden sei, Elsaß und Lothringen zurückzugeben, so habe man ihm nicht ein Quadratzentimeter ohne den Willen der Bevölkerung (?) weggenommen. Es sei mit einer Mäßigung behandelt worden (?), für die die Geschichte wenig Beispiele kenne. Damit der Friede von morgen besser sei als der von gestern, dürfe aber das Deutschland von morgen nicht mehr das Deutschland von gestern sein. Er befürchte, daß sich Deutschlands Augen hierfür noch nicht völlig geöffnet hätten. Es zeige bei Ausführung seiner Verpflichtungen nicht den geringsten guten Willen. Vor dem Kriege habe Deutschland nicht nur durch seinen Industrie-, Handels- und Grubenreichtum, sondern auch durch seinen landwirtschaftlichen Reichtum Frankreich überflügelt. Dieser Wohlstand sei durch den Krieg nicht ernstlich angetastet worden. Die

augenblickliche Krise Deutschlands

unterbreche nur seine Zahlungsfähigkeit, ohne sie für die Zukunft zu verringern. Es fehle Deutschland, das seine Hilfsquellen und Arbeitskräfte behalten habe, nur der Wille zum Erfüllen. (?) Frankreich sei nicht freudigen Herzens nach dem Ruhrgebiet gegangen und habe vor allen Dingen der Pfandnahme nicht freudigen Herzens den Charakter einer militärischen Besetzung gegeben. Deutschland selbst habe die Geduld Frankreichs mürbe gemacht und habe selbst die Notwendigkeit von Strafmaßregeln bewiesen. Man könne also nicht von einem militaristischen Frankreich sprechen, das Gefallen an militärischen Experimenten finde. Solange Deutschland die Erfüllung hinauszögere, werde Frankreich dort bleiben, wo es sei. Es gebe kein friedfertiges Volk, keine gutgläubigen Menschen, die Frankreich Unrecht geben könnten.

Die dritte Rede

hielt Poincaré im Priesterwalde. Er führte darin aus, die Deutschen hätten kapituliert (?) und ihre Niederlage anerkannt. Ihr Versuch, sich den Folgen zu entziehen und Frankreich die Früchte seines Sieges zu entreißen, werde mißlingen. Es sei Zeit, daß die Deutschen erfüllen, damit die französischen Dörfer wieder aus den Ruinen erstehen. Frankreich habe innerhalb der Grenzen des Vertrages (?), entsprechend den Feststellungen der Reparationskommission, Maßregeln ergriffen. Die Soldaten, die eine Kontroll- und Schutzmission erfüllten, hätten alle deutschen Manöver zerstreut und im Industriegebiet die Ordnung aufrechterhalten. (?) Deutschland habe gehofft, durch den Widerstand im Ruhrgebiet blutige Konflikte hervorzurufen. Als es gesehen habe, daß dies nicht zu erreichen war, und daß die Ruhrbevölkerung begonnen habe, des ohnmächtigen Widerstandes satt zu werden (?), habe es bei den Alliierten intrigiert, um sie dahin zu bringen, daß sie von Frankreich Zugeständnisse verlangten. Frankreich habe durchgehalten, ohne zu schwanken. Darauf hätten in Deutschland die Männer und die Taktik gewechselt.

Poincaré legte weiter dar, in einigen Wochen werde die deutsche Regierung den Widerstand nicht mehr bezahlen können, und selbst wenn er länger unterstützt werde, werde er dennoch zusammenbrechen. Es bleibe also nur übrig festzustellen, daß der Widerstand nicht mehr dem Willen der Bevölkerung entspreche, und daß diejenigen, die ihn angeordnet hätten, ihn zurückziehen müßten. Man wolle indessen Frankreich Vorteile entreißen, was eine Verleugnung seiner Politik bedeuten würde, um sagen zu können, man habe Frankreich zum Nachgeben gebracht. Dies Manöver sei zu plump. Auch die

Aussicht auf Anarchie im Herzen Europas

könne Frankreich nicht schrecken. Frankreich selbst sei immun gegen die Ansteckung. Man wünsche indessen in Frankreich aufrichtig, daß Deutschland solche düsteren Prophezeiungen widerrufen könne. Es habe die alte Disziplin beibehalten und sei durch seine traditionelle Begabung für wirtschaftliche Organisation wohl in der Lage, sich wiederaufzurichten. Frankreich verlange nicht mehr als die loyale Erfüllung des Friedensvertrages. Es sei an der Regelung mehr interessiert als irgend jemand, aber es wolle nicht die Kosten dafür tragen.

Frankreich sei bereit, zu einem Ende zu kommen, ebenso wie Deutschland und die Alliierten. Deutschland müsse aber zuerst mit dem passiven Widerstand ein Ende machen. Es müsse mit der Stellung von Vorbedingungen aufhören, denn Frankreich nehme keine Bedingungen an. Frankreich halte sich an die Protokolle von Brüssel, an sein Gelbbuch und an seine öffentlichen Erklärungen. Dem habe es nichts hinzuzufügen, und von dem habe es nichts zurückzunehmen.

„Die Woche der Entscheidung.“

Sophistische Betrachtungen der englischen Presse.

A. London, 24. 9. (Eigenbericht.) Die Unsicherheit über die Bedeutung der Pariser Zusammenkunft dauert in der englischen Presse fort. Während ein Artikel der „Times“ die Bedeutung der Zusammenkunft nur in einer allgemeinen Lösung der diplomatischen Lage erblicken will, heißt es in dem Bericht des „Observer“, es sei keine Uebertreibung, daß die Zusammenkunft eine neue Basis der englisch-französischen Beziehungen darzustellen verspreche, die möglicherweise eine baldige Rückwirkung auf die ganze diplomatische Lage ausüben werde. In dem Bericht wird weiter versichert, Poincaré habe bei der Zusammenkunft erklärt, daß die französische Regierung eine dauernde Beherrschung eines von Deutschland gelösten Rheinlandes weder beabsichtigen noch versuchen werde. Nach der Fassung dieser Bemerkung zu urteilen, scheint es also, daß die Tatsache der Loslösung der Rheinlande bei der Besprechung bereits in dieser Weise erörtert worden ist. Im gleichen Sinne läßt sich die „Times“ aus Köln melden, in den dortigen englischen Kreisen seien Gerüchte verbreitet, daß die Berliner Regierung mit rheinischen Politikern über die Errichtung eines eigenen rheinischen Bundesstaates in Verhandlungen stehe. Die Durchführung dieses Planes sei notwendig geworden, um die Separatistenbewegung zu durchkreuzen. Der „Observer“ kehrt im übrigen in einem Leitartikel zu seiner französischfreundlichen Ententepolitik zurück und nimmt gleichsam von der bisherigen Haltung Englands Abschied, wobei es nicht an Komplimenten für die moralische Kraft fehlt, die das deutsche Volk mit seinem Widerstand gezeigt habe, der als einer der größten nationalen Kämpfe zu bezeichnen sei, die jemals ein wehrloses Volk gegen eine bewaffnete Macht geführt habe. Der deutsche Leser wird sich das seinige denken, wenn er diese englischen Komplimente liest.

Die Zeitungen sprechen im übrigen in ihren Berliner Telegrammen von einer entscheidenden Woche für Deutschland. In Aeußerungen, die auf offiziöse Quellen zurückzuführen sind, wird im übrigen Wert darauf gelegt, zu betonen, daß Baldwin in Paris Poincaré versichert habe, es sei ein großer Irrtum anzunehmen, daß die Haltung Englands etwa auf Deutschfreundlichkeit zurückzuführen sei. Sowohl die „Times“ wie der „Daily Telegraph“ und die „Morning-Post“ halten es für notwendig, diese Bemerkung zu unterstreichen. Die „Morning Post“ stellt im übrigen nicht ohne Ironie fest, es müsse in diesem Augenblick, da der deutsche Widerstand zu Ende ginge, bedauert werden, daß in Deutschland durch die Haltung eines Teiles der englischen Presse der falsche Glaube erweckt worden sei, daß Deutschland von England Hilfe zu erwarten habe. Jetzt werde Deutschland erkennen, daß England nicht deutschfreundlich sei.

Mittwoch englischer Ministerrat.

London, 24. 9. (W. T. B.) Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge wird Baldwin am Mittwoch seinen Kollegen in einem Bericht über seine Unterredungen mit Poincaré die Schlüsse unterbreiten, zu denen er infolge dieser Unterredungen gelangt ist. In Anbetracht der sehr heiklen in Frage kommenden Probleme in ihrer augenblicklichen Phase könnten Mitteilungen nicht vor der Kabinettssitzung erwartet werden. Es sei sogar sehr zweifelhaft, ob irgendwelche Beschlüsse gefaßt werden, bevor die Fragen mit den Premierministern der Dominions auf der Reichskonferenz erörtert worden sind.

Baldwin hält seine nächste öffentliche Rede Donnerstag in Northampton.

Das wahre Ziel des britischen Imperialismus.

London, 24. 9. (W. T. B.) Reuter meldet aus Vancouver, daß Lord Birkenhead in einer Rede erklärte, es sei lebenswichtig für Großbritannien, daß Deutschland die Last der Reparationszahlungen auferlegt werde, da sonst der deutsche Wettbewerb das Ende des britischen Reiches herbeiführen könne.

Pariser „Sieges“taumel.

S. Paris, 24. 9. (Eigenbericht.) Die neue Woche wird für die Lösung des deutsch-französischen Konfliktes entscheidend sein. So wenigstens kann man heute morgen mehrfach in den Regierungsblättern lesen. Die Auftakte zu einer Entscheidungswoche sollte, nach der „Ere Nouvelle“ zu reden, die Phonographendiplomatie des gestrigen Sonntags bilden, drei Reden Poincarés und sieben seiner Minister in verschiedenen Teilen des Landes, alle über dasselbe Thema: Deutschland hat nicht mehr zu diskutieren, sondern sich einfach zu fügen. Denn vor vier Tagen erst wurde bekanntlich die Entente wieder neu aufgerichtet, und bevor vier weitere Tage vergangen sind, versichern heute die Berliner Korrespondenten der Pariser Zeitungen, sind entscheidende Ereignisse in Berlin eingetreten. Also hat sich Deutschland jetzt bedingungslos zu unterwerfen. Darum das gemeinsame Stichwort der Pariser Presse heute morgen: das „Wenn?“ der Kapitulation.

Poincaré hat sein letztes Wort gesprochen, und Stresemann wird nach Paris zur Regelung der Reparationsfrage nach dem vollen unzweideutigen Sieg Frankreichs kommen. Der „Matin“ sagt, es liege nur bei Stresemann, wenn er endlich Schluß machen wolle mit der Politik seines Vorgängers. Deutschland müsse eine Reihe von Zuckungen erleben, deren Folgen noch gar nicht abzusehen seien. Die Aera der Schwierigkeiten sei noch nicht beendet. Unsere Wachsamkeit muß darum stärker denn je sein, schreibt der „Gaulois“. Es genügt, daß Erzberger damals sich getäuscht habe, indem er ihn glauben ließ, daß die Revolution in Deutschland ausbrechen werde, wenn er sich nicht nachgiebiger zeige, liest man im „Eclair“. Man wird Frankreich nicht einschüchtern durch die „Drohungen mit dem Bolschewismus“. Wir wissen vollkommen, was wir wollen, unterstreicht die „République Française“. Die demokratischen Blätter schweigen, ebenso die sozialistischen Zeitungen. Die gesamte französische Oeffentlichkeit steht im Banne des „vollen Triumphes Poincarés“.

Unterdrückung des bulgarisch-kommunistischen Aufstandes.

Belgrader Falschmeldungen.

S. Paris, 24. 9. (Eigenbericht.) Es scheint festzustehen, daß die bulgarische Regierung den Belagerungszustand über das ganze Land verhängt und die Mobilisation sämtlicher Offiziere und Unteroffiziere der Reserven verfügt hat. Weiterhin heißt es, daß in Paris ein Streik der Bergarbeiter ausgebrochen sei.

Da die Parteien des demokratischen Blocks ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen bei den nächsten Kammerwahlen abgelehnt haben, ist der Vertreter der nationalliberalen Partei im Kabinett, Justizminister Smiloff, zurückgetreten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Stojantscheff, wurde mit der Führung des Justizministeriums beauftragt.

Durch königliches Dekret ist die alte agrarische Kammer aufgelöst worden. Die Neuwahlen müssen nach der Verfassung spätestens zwei Monate nach dem Tage der Auflösung erfolgen.

Wie die Bulgarische Telegraphenagentur meldet, sind die von den Kommunisten in der Gegend von Stara Zagora, Tschirpan und Nowa Zagora hervorgerufenen Unruhen mit Hilfe der Bevölkerung unterdrückt worden. In Schipka, Enina und Scheinowo und in vier anderen Dörfern des Bezirks Kasanlik haben kommunistische Gruppen, deren Gesamtstärke 300 Mann nicht übersteigt, gestern die Sowjetrepublik ausgerufen. Abteilungen der Garnison Kasanlik stellten die Ruhe wieder her. Die Aufrührer flohen in das Gebirge und wurden von den Truppen verfolgt. In der Nähe von Sliwen hatten sich etwa 250 Kommunisten eingenistet. Es entspann sich ein Gefecht mit den zu ihrer Vertreibung entsandten Truppen; die Kommunisten hatten drei Tote und zwei Verwundete. In einer Vorstadt von Sofia umstellte die Polizei ein Haus, in dem sich sieben Kommunisten befanden. Die Kommunisten setzten ihrer Verhaftung Widerstand entgegen. Es entspann sich eine Schießerei, bei der ein Kommunist getötet wurde.

Die Bulgarische Telegraphenagentur weist darauf hin, daß Nachrichten, die ihre Quelle in Belgrad hätten, die Lage in Bulgarien fortdauernd in einem falschen Lichte erscheinen ließen. So hätten die Belgrader Blätter gemeldet, daß 500 000 Kommunisten und Bauernbündler sich gegen die Regierung erhoben hätten, daß die Regierung kurz vor ihrem Sturz stehe, und daß der König abgedankt habe.

Bericht der Botschafterkonferenz über den Janina-Mord.

S. Paris, 24. 9. (Eigenbericht.) Die von der Botschafterkonferenz eingesetzte Untersuchungskommission über die Mordtat von Janina hat nach hier vorliegenden Telegrammen aus Athen nach dreistündiger Sitzung einen ersten Bericht aufgesetzt, der sofort nach Paris telegraphiert wurde. Danach haben die griechischen Behörden alles getan, um die Mordtat aufzudecken. Den Bericht unterschrieben sämtliche Mitglieder der Kommission, ausgenommen Italien. Die Botschafterkonferenz wird in ihrer morgigen Sitzung sich damit befassen. Die Kommission müsse die Mörder ausfindig machen.

Fascistische Bewegung in Rumänien.

Schwere Strafen für bulgarische „Irredentisten“.

Bukarest, 23. 9. (W. T. B.) Wie die Blätter melden, sind in den Räumen fascistischer Organisationen Haussuchungen vorgenommen und zahlreiche Manifeste und Dokumente beschlagnahmt worden. Die Behörden haben eine strenge Untersuchung über die fascistische Bewegung, in welche auch hohe Persönlichkeiten der Zivil- und Militärbehörden verwickelt sein sollen, eingeleitet.

Das Kriegsgericht in Constanza hat im Prozeß gegen 72 bulgarische Irredentisten, die wegen revolutionärer Tätigkeit in der Dobrudscha angeklagt waren, zehn zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, drei zu 5 Jahren, fünfzehn zu 3 Jahren und fünfzehn zu einem Jahr Kerker verurteilt. Die übrigen wurden freigesprochen.

Putschplan gegen die Warschauer Regierung?

Warschau, 23. 9. (T. U.) Hier sind Gerüchte von einem geplanten Putsch der Linksparteien gegen die Regierung verbreitet. Die Regierung hat erhebliche Verschiebungen der Garnisonen vorgenommen. Die Hauptstadt Warschau erhielt zwei Divisionen regierungstreuer nationaldemokratischer Truppen, während alle verdächtigen Truppen nach dem Westen abtransportiert werden sollen. Die Linkspresse weist auf die ungeheuren Kosten dieser Maßregeln hin, die mit der Sparsamkeitspolitik des Landes durchaus nicht vereinbar seien.

Schweres Grubenunglück

40 Tote.

Kattowitz, 24. 9. **Auf der einer französisch-russischen Gesellschaft gehörenden Grube Reden in Dombrowa-Gorna (Kreis Bendzien) brach, wie erst jetzt bekannt wird, am Donnerstag abend im westlichen Teil der Grube in 170 Meter Tiefe ein Brand aus, der noch weiter wütet. Der Katastrophe fielen bisher 28 Bergleute zum Opfer, man rechnet, daß noch eine größere Anzahl vermißt wird, mit etwa 40 Toten. Die Rettungsaktion konnte infolge des Mangels von Hilfsmitteln erst am Freitag in Angriff genommen werden. Die Ursache des Unglücks ist darin zu suchen, daß arbeitende Bergleute eine zugemauerte schlagwettergefüllte Kammer anfuhren.**

Neuer Uebergriff der Rheinlandkommission.

Notgeld„verordnung“ für das besetzte Gebiet.

Köln, 23. 9. (W. T. B.) In dem Entwurf der geplanten Notgeldverordnung der Rheinlandkommission heißt es: Die Rheinlandkommission verordnet in Anbetracht dessen, daß die Zahlungsmittelnot zur Ausgabe von Notgeld geführt hat, ferner in Anbetracht dessen, daß diese Lage den Interessen der Besatzungsarmeen zuwiderläuft, was folgt:

Art. 1. Die Stadtbehörden der besetzten Gebiete können nur unter der Bedingung Notgeld ausgeben, daß sie sich zuvor verpflichten, das von anderen Städten ausgegebene Notgeld als zahlungskräftig in ihren Kassen anzunehmen.

Art. 2. Die Banken, Industriegesellschaften und anderen Privatfirmen können nur unter zweifacher Bedingung solche Ausgaben vornehmen. Sie müssen:

1. von den Stadtbehörden die Genehmigung eingeholt haben,

2. die Verpflichtung übernommen haben, das von genannten Stadtbehörden ausgegebene Notgeld in Zahlung zu nehmen.

Art. 3. Die vor dem 1. September stattgefundenen Ausgaben sind innerhalb einer Frist von drei Monaten zurückzuziehen und durch gemäß Art. 1 und 2 gegenwärtiger Verordnung ausgegebene Scheine zu ersetzen.

Art. 4. Jede Notgeldausgabe, die gegen die oben angegebenen Bestimmungen erfolgt ist ungültig; die ausgegebenen Scheine werden ohne Entschädigung eingezogen. — Ueberdies haben alle Personen, welche entweder unmittelbar oder mittelbar an solchen Ausgaben teilgenommen haben, eine Geldstrafe von 1000 bis 100 000 Goldmark und eine Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu zwei Jahren oder eine dieser beiden Strafen zu gewärtigen.

Zusammenstöße mit Sonderbündlern in Trier.

Köln, 24. 9. (W. T. B.) Wie aus Trier gemeldet wird, hatten die Sonderbündler gestern dorthin eine Generalversammlung einberufen. Die Versammlung sollte auf dem Palastplatz stattfinden, der durch französische Truppen abgesperrt war. In den dort befindlichen Anlagen hatte sich eine Kompagnie Tirailleurs versammelt, die mehrere Maschinengewehre bei sich führte. Die Sonderbündler ließen sich jedoch nicht auf dem Platze sehen, sondern tagten in einem Saal hinter verschlossenen Türen; es mögen etwa 800 Personen anwesend gewesen sein. Von deutscher Seite war ein Aufruf erlassen worden, sich in Massen auf der Straße zu zeigen. Bereits um 1½ Uhr war das Zentrum der Stadt dicht von der Bürgerschaft Triers besetzt. Gegen 3½ Uhr erschienen etwa 50 deutsche Polizisten, um für Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen. Die Sonderbündler bildeten gegen 5½ Uhr einen Zug unter Vorantragung einer Fahne, deren Träger in der linken Hand einen Revolver hielt. Ihm folgten eine Kapelle von Luxemburgern und die Anhänger von Smeets, etwa 800 Personen. Der Zug wurde von der Bürgerschaft mit Johlen empfangen. Bald kam es zu Handgreiflichkeiten. Die Trierer Bürger stürmten in den Zug hinein und schlugen mit Schirmen und Stöcken ein.

Auf Umwegen gelangte der Zug dann zur Bahnhofstraße, das Publikum stürmte wiederum auf ihn ein und es kam zu einem großen Durcheinander, wobei von den Sonderbündlern etwa 25 bis 30 Schüsse gegen die Menge abgefeuert wurden. Drei Trierer wurden verletzt, darunter einer schwer. Mehrere andere Personen wurden mit Stöcken und Gummiknüppeln blutig geschlagen. Die Menge hatte sich bald nach sieben Uhr verlaufen.

Erneute Durchsuchung der Essener Handelskammer.

Essen, 24. 9. (Eigenbericht.) Am Freitag und Sonnabend der vergangenen Woche ist die Handelskammer für die Kreise Essen, Mülheim/Ruhr und Oberhausen zu Essen zum 4. und 5. Male von französischen Truppen besetzt worden. Nach erfolgter Durchsuchung aller Räumlichkeiten sind wiederum ganze Aktenstöße weggeschleppt worden. Verhaftungen sind nicht vorgekommen. Der Geschäftsführer Dr. Rechlin konnte von den Franzosen nicht gefunden werden.

Eisenbahnunglück bei Vohwinkel.

Düsseldorf, 24. 9. (Mtb.) Ein Zug der Kleinbahn Hilden—Vohwinkel entgleiste am Sonnabend abend dadurch, daß in der Nähe von Vohwinkel auf der abschüssigen Strecke der Führer die Gewalt über den Zug verlor. Der Triebwagen schlug um, wobei ein Fahrgast getötet und 15 andere durch Glassplitter verletzt wurden.

Sozialistische Massenkundgebung in Amsterdam.

Amsterdam, 24. 9. (W. T. B.) Gestern wurde hier von der sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsbund eine Massenkundgebung veranstaltet gegen den Militarismus, für Beibehaltung des Achtstundentages, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben und die Sozialisierung. An der Kundgebung, die von Blättern als die größte jemals in Holland veranstaltete bezeichnet wird, nahmen 60- bis 70 000 Personen teil.

Präsident Coolidges erste Rede.

S. Paris, 24. 9. (Eigenbericht.) Der „New York Herald“ meldet aus Washington, daß Präsident Coolidge heute seine erste Rede als Präsident vor der Konferenz der amerikanischen Untertanen halten wird.

Eine Nachrichtenagentur berichtet aus Washington, Marinesekretär Denby werde durch den Unterstaatssekretär Oberst Theodore Roosevelt ersetzt werden.

Der Abbau des passiven Widerstandes.

Von unserem rheinischen Berichterstatter.

Die erste Entscheidung über unser Schicksal ist gefallen. Vor vierzehn Tagen noch standen nach unserm Grenzmarkengefühl am Rhein zwei Wege offen, die beide den Staats- und Reichsgedanken im besetzten Gebiet in eine bessere Zukunft retten konnten, wenn auch der Entschluß dazu im Innern Deutschlands ein recht erhebliches Verantwortungsgefühl des ganzen Volkes voraussetzte. Entweder beantwortete man die letzte Herausforderung des angeblich „interalliierten“ Rheinlandausschusses mit einer Zurückweisung, die auch in den Augen der Bevölkerung dem im passiven Widerstand geweckten sittlichen Kräften entsprach, oder man gab offen diesen Widerstand auf. In beiden Fällen konnten wir uns auf unsre zukünftige Stellung zu den Besatzungsmächten einrichten und konnten die Erinnerung und das Vertrauen an das Deutsche Reich wahren, das sich nach neunjährigem Heldenkampf als besiegt erklären mußte.

Alle diese Hoffnungen und Erwartungen sind heute verflogen. Bitter und schmerzlich rächt sich aufs neue, wie unendlich gering auch jetzt noch in der Reichshauptstadt das Verständnis für die wahre Lage und Stimmung in der Grenzmark ist. Außenpolitische Probleme, deren Lösung wir in unmittelbarer Fühlung mit dem Feind nur in „machtpolitischer Wendung“ denken können, gewinnen das Bild parlamentarischer Kompromisse. Jede einzelne Berufsgruppe und Partei, deren Vertreter nach Berlin berufen werden, sucht dort nur sich allein als wahrhaft national und rechtgläubig hinzustellen, während in Wahrheit die ganze Bevölkerung unter dem gleichen Joche seufzt, von der gleichen Not des Alltags zu Zugeständnissen getrieben wird. Seit man drinnen im Reich eine weitere finanzielle Stützung für unmöglich erklärte, ist unsere Stellung unhaltbar geworden. Nicht vom Rhein herüber, sondern von amtlicher Stelle in Berlin kam der erste Anstoß und die erste Aufforderung zum „Abbau des passiven Widerstandes“, der heute bereits voll im Gange ist!

Wie es scheint, dachte man damals, vor drei Wochen noch, ganz ernsthaft an ein regelrechtes Zurückziehen einiger Verordnungen, die sich längst als unhaltbar erwiesen. Der Verweigerung der Lohnsicherung sollte eine Aufnahme solcher Arbeit folgen, die an sich für die Franzosen nutzlos sei und überdem keiner größeren Kohlenvorräte bedürfe. Vielleicht haben diensteifrige Amtsstellen zugleich einen richtiggehenden Rückzugsplan ausgearbeitet, der uns freilich glücklicherweise nicht bekannt wurde. Die uralte Wahrheit, die doch aus der Weltkrieg auch drinnen in der Heimat Tag für Tag predigte, ward vergessen: Daß eine Umgruppierung der Front im Gefecht selbst zu den schwersten Operationen gehört und nur von einer Truppe geleistet werden kann, die wirklich fest in der Hand eines bewährten und geachteten Führers, gut genährt, mit Munition und Kriegsmaterial wohl versehen und vor allem bester Stimmung ist. Fehlt auch nur eine dieser Voraussetzungen, so wird der Rückzug in eine rückwärtige Stellung verlustreicher als selbst die vollständige Niederlage auf dem Schlachtfeld. Fehlt gar die Mehrzahl dieser Voraussetzungen, so wird in der Regel die Leitung völlig versagen. Jeder einzelne Gefechtsabschnitt und schließlich jede Kampftruppe sorgt für sich selbst und beginnt Sonderverhandlungen mit dem Feind, wenn sie nicht die starke Hand der Führung und die Reserven hinter sich fühlt, und wenn gleichzeitig die Verbindung mit den Nachbarabteilungen verloren geht.

In dieser Lage aber befindet sich im letzten Stadium des Weltkrieges, den Frankreich um den Gewinn der Rheingrenze entfesselte, die Bevölkerung des altbesetzten Gebiets sowie des Brückenkopfes Düsseldorf - Duisburg, während im Ruhrrevier andere Voraussetzungen und damit auch andere Möglichkeiten zu einem hinhaltenden Gefecht gegeben sind. Mit und ohne Genehmigung der deutschen Verwaltung haben allenthalben die Verhandlungen mit Franzosen und Belgiern begonnen. Von einem planmäßigen Abbau ist längst keine Rede mehr, sondern wirr und regellos beschließen Vertreter des Handels und der Industrie, der Arbeiterschaft und der Beamten die Aufnahme der Tätigkeit für die Besatzung. Wie vor neun Monaten die wirklich spontan entfachte Auflehnung der rheinischen Bevölkerung erst durch Zustimmung der Reichsregierung zum ordnungsmäßigen „passiven Widerstand“ wurde, so zerfließt dieser sachlich und rechtlich sanktionierte Kriegszustand in sich selbst, sobald von Berlin aus das erste entscheidende Wort fiel. Das besetzte Gebiet ist nicht „tot“, wie die „Times“ vor einigen Tagen noch urteilte, sondern es ist zum Leben erwacht, zu einem Verzweiflungskampf um die Sicherung der alltäglichsten Sorgen, in dem unschätzbare ethische Werte zugrunde zu gehen drohen.

Im Lager der Gegner weiß man über die wahre Lage und Stimmung leider besser Bescheid als anscheinend in den Reichsministerien und vor allem im Lande selbst. Frohlockend durfte schon am 15. September der amtliche französische Pressedienst in Koblenz und Düsseldorf „eine Aenderung in der Haltung der deutschen Behörden den Alliierten gegenüber feststellen“ und lobend hinzufügen, daß sie „täglich korrekter“ werde. Aber gerade diese Meldung verschweigt das Schlimmste, um die deutsche Oeffentlichkeit im Bann des unseligen Verständigungswahns zu halten. Seit die Regierung den Abbau ankündigte und mit unbestimmten Schlagworten und praktisch undurchführbaren Bestimmungen die Leitung verlor, suchte und sucht sich jede Berufsgruppe und jeder Stand die neuen „Richtlinien“ auf eigene Art auszudeuten. Selbst da versagt die Führung, wo noch von Berlin die ausdrückliche Genehmigung zu Sonderverhandlungen eingeholt wird. Nur die politischen Parteien wahren gegeneinander noch das Gesicht, weil jede einzelne die Erneuerung einer Dolchstoßlegende fürchtet. Das schlimmste ist und bleibt, daß der Regierung bereits die Zügel aus der Hand fielen. Der äußeren Lockerung, die ganz selbstverständlich